

Italien und Palästina

Englische Mandatspolitik — Territoriale Kontrolle des Mittelmeeres — Italien als Mandatsaspirant — Nord-Rotthermeres Stellung

Das kurzbarbare Blutbad in Palästina hat in der ganzen zivilisierten Welt Entsetzen erregt, zugleich aber auch die allgemeine Aufmerksamkeit auf ein politisches Problem gelenkt, das die europäische Öffentlichkeit schon längst gelöst glaubte, während es sich jetzt als eine Frage von brennender Aktualität darstellt. Es handelt sich um nichts geringeres, als um die Bewertung der englischen Mandatspolitik im Heiligen Land, um die prinzipielle Revision der Beziehungen zwischen Arabern und Zionisten, und nicht zuletzt um die Frage, ob die Sachwalter des britischen Empires überhaupt fähig sein werden, auf rechtlicher Grundlage den Frieden in Palästina wieder herzustellen.

Die italienische Meinung hinsichtlich des Palästina-Problems ist nicht durch den egoistischen Zwang, eine politische Vormachtstellung zu wahren, getrieben. Das moderne Italien kennt keinen Antisemitismus, und wenn man dazu noch die philoionistische Einstellung hinzurechnet, die den Rechtsismus neuerdings in den nordafrikanischen Kolonien zum großen politischen Erfolg der Befriedigung mit den Rebellen geführt hat, so sieht man ein, daß Italien beiden Teufen in der Beurteilung gerecht werden kann, den Zionisten sowohl, als auch den Arabern. Andererseits kann Italien die Fehler der britischen Administration neutraler Zuschauer leichter feststellen.

Bereits 1916, während des Krieges, hatte Churchill den Arabern die Konstitution eines unabhängigen Staates von Aken bis ins Herz der Türkei hinein versprochen. England, schiedete damals nach neuen Alliierten und hoffte, sie auch unter den Arabern zu finden. 1917 wendete sich die englische Diplomatie wieder von den Arabern ab, und gibt durch die Proklamation Balfours dem internationalen Judentum die Gewähr auf die Konstituierung eines jüdischen Herdes in Palästina. Diesmal hatte England nötig, seine Anker im Amerika unterzubringen und wußte sich durch die Stützung der jüdischen Aktion bei den jüdischen Bankiers der Vereinigten Staaten beliebt machen. Damit nahm die britische Politik zwei grundverschiedene und gegensätzliche Verantwortungen auf sich und begründete den unüberbrückbaren Antagonismus zwischen Zionisten und Arabern. Als es später das Mandat über Palästina erhielt, dachte es nicht daran, den wesentlichen Forderungen der beiden feindlichen Gruppen in Palästina entgegenzukommen oder einen Ausgleich zu versuchen. Palästina war lediglich eine Flankensicherung auf dem indischen Wege und ein mitwirkender Faktor in der englischen Petroleumpolitik. Dabei hatte und hat das Territorium noch einen höheren Wert als Ägypten. Je wirksamer nun Ägypten der nationalen Unabhängigkeit zustrebt und je mehr die englische Kontrolle durch die Internationalisierung des Suezkanals eingeschränkt wird, um so wichtiger muß den Engländern der Besitz oder die territoriale Kontrolle vom Mittelöstlichen Meer nach Indien durch Palästina erscheinen.

und um so strenger, unanfechtbarer und vom Willen der Bevölkerung abgehängter gestaltet sich die Verwaltung des Mandates. Somit trägt die einzige Schuld an den entsetzlichen Missetaten England, das alle Voraussetzungen zu diesem gefährlichen Zusammenstoß zwischen Arabern und Zionisten geschaffen hat. Und nun, nachdem der Aufbruch losgebrochen ist, betont und unterstreicht England sein Desinteressement für den Zionismus. Damit wird auch die Grundlage hinfällig, die England sich für sein Mandat in Palästina erdichtet hatte, und das palästinenische Problem ist wieder offen, unentschiedener noch als vor der Ueberweisung des Mandats an England.

Der militärische Ausnahmezustand im Heiligen Land kann allerdings keine Befriedigung herbeiführen, das Mandat recht bedeutet keine Lösung. Deshalb kann man den italienischen Kritikern nicht unrecht geben, wenn sie die neuerliche Ausrollung des Mandatsproblems für Palästina fordern. Im Augenblick, da solches einträte, würde über Italien offiziell keine Rechte in Palästina geltend machen, vielmehr auch keine Anwartschaft auf das Mandat. Als Rechtsunterlage für seine Forderung könnte Italien vor allem die Bestimmungen des französisch-englisch-italienischen Abkommens von San Giovanni di Mariana anführen (20. April 1917), denen gemäß Jerusalem und das Heilige Land einer internationalen Administration unterliegen sollte, die die religiösen und politischen Interessen der christlichen Nationen garantiert. An dieser Administration hätte Italien als katholische Nation naturgemäß in weitestem Maße teilgehabt. England verstand es jedoch, die Administration in Palästina in die eigenen Hände zu spielen, das Mandat in ein Protektorat umzuformen, und Italien gänzlich auszuschalten. Immerhin erhob sich 1927 eine englische Stimme, die das italienische Recht auf Mandate begründete: Lord Rothmere machte im „Daily Wolf“ den Vorschlag, das Palästina-Mandat an Italien zu übertragen. Und das große englische Blatt gab dazu folgende Erklärung: „Mit Zustimmung des Völkerbundes können wir im eigenen Interesse das Palästina-Mandat an Italien abtreten. Jener Großstaat braucht für seinen immer mehr anwachsenden Bevölkerungszuwachs die Möglichkeit zur territorialen Expansion. Als Mittelmeer-Macht besitzt Italien bereits die ägäischen Inseln, und ist von all jenen Komplikationen frei, die wir in der ganzen Welt haben. Viel leichter und fürberlicher als wir, könnte Italien das syrische Hinterland administrieren. Wenn also Italien bereit wäre, diese Aufgabe zu übernehmen, könnten wir sie ihm aus freien Stücken übertragen.“

Die italienische Presse verhält sich durchaus abwartend. Doch ist es nicht ausgeschlossen, daß Italien im richtigen Moment zu einer von Palazzo Chigi ausgehenden diplomatischen Aktion zum Nutzen seiner Mandatsansprüche kommt. Wärsich ist es auch, daß die italienische Anwartschaft auf das Palästina-Mandat vom St. Stuhl anerkannt und gestützt wird.

von den Arbeitgeberverbänden unterschiedenen Gewerkschaften keineswegs dem sozialen Frieden widerstreitet. Denn auf der einen Seite lehnen sie grundsätzlich den Klassenkampf und Kollektivismus in jeder Form ab, auf der anderen Seite sind sie für Kollektivverträge, um friedliche Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit herbeizuführen. Damit taufische Fehler und Ausprüche, die mit der christlichen Sittenlehre nicht ganz übereinstimmen, vermieden werden, wünscht die Kongregation, daß die Führer der Arbeiter die Schulung der Mitglieder in christlichem Geiste sich angelegen sein lassen. Um das Bessere zu erreichen, soll eine eigene Abteilung für Jugendliche eingerichtet werden, wo die Belehrung sich dem jugendlichen Verständnis anpassen soll. Von den leitenden Persönlichkeiten ist eine genügende Kenntnis der technischen, beruflichen und wirtschaftlichen Fragen zu verlangen. Die Bildung eines intergewerkschaftlichen Kartells zwischen den christlichen, neutralen und sozialistischen Gewerkschaften zum Schutze der gemeinsamen Interessen ist nur ausnahmsweise erlaubt, und zwar nur in besonderen Fällen zur Wahrung einer gerechten Sache und für eine auf Zeit bestimmte Abmachung. Sie kann jedoch nicht umhin, zu bedenken zu geben, daß zur Erhaltung eines dauernden Friedens und beständiger Eintracht es nicht genügt, sich auf die berufliche Solidarität zu stützen und Wohlfahrtseinrichtungen rein philanthropischer Art ins Leben zu rufen. Der wahre Friede ist nur zu erreichen durch unbedingte Anerkennung der Grundzüge der christlichen Moral. Die Kongregation bittet deshalb auch den Zusammenschluß der Arbeitgeber zu einer beruflichen Organisation, damit sie um so wirksamer im Sinne des sozialen Friedens arbeiten können. Dabei gilt das gleiche wie für die Arbeitgebergewerkschaften, daß die Katholiken sich vor allem mit Katholiken zusammenschließen, also Arbeitgeberverbände auf christlicher Grundlage gebildet werden müssen. Wenn das noch nicht möglich ist, so lenken wir die Aufmerksamkeit der katholischen Industriellen auf ihre persönliche Verantwortung bei Fassung der Entschlüsse, daß nämlich diese den Gesetzen der Moral entsprechen, und die religiösen und sittlichen Interessen der Arbeiter gewährleistet sein müssen oder wenigstens nicht verletzt werden dürfen.“

Es darf wohl erwartet werden, daß auch die deutschen Arbeitgeber diese Auslassungen beachten.

Zur Rheinlandräumung

Der Ministerrat in Rambouillet. — England räumt bis zum 13. Dezember. — Beschloß die Franzosen ungen zu gehen. — Londoner Pressestimmen.

Der „Eclair“ will erfahren haben, Briand habe in der Frage der Rheinlandräumung die Versicherung wiederholt, daß entsprechend dem Geiste und dem Buchstaben des im Haag unterzeichneten Protokolls der für das Ende der Besetzung der dritten Zone des Rheinlandes festgesetzte Termin bis 30. Juni 1930 rein militärische Bedeutung habe, und die vorherige Erfüllung der drei folgenden Bedingungen erforderlich, von denen die Räumung des Rheinlandes abhängig bleibe: 1. Annahme der Verträge, durch die die Rechtsverhältnisse der Reichsbahn, der verpfändeten Einnahmen und der Reichsbank mit dem Hauptplan im Einklang gebracht werden durch den Reichstag, 2. Schaffung, Organisation und tatsächliches Arbeiten der internationalen Zahlungsbank, 3. Ausgabe einer ersten erheblichen Tranche deutscher Obligationen durch die internationale Bank, deren Zinsendienst und Tilgung durch den ungefährt Teil der deutschen Annuitäten garantiert werden muß.

Die Vorbereitungen der englischen Besatzungsstruppen zur Räumung der dritten Zone sind in vollem Gange. Die Räumung von Köln ist am 27. September, die von Schwabach am 29. September beendet sein, Wiesbaden und Bingen sind am 13. Dezember frei.

Weshalb die Franzosen ungen das Rheinland verlassen, geht aus einem Brief hervor, den eine Offiziersfrau an den „Ami du Peuple“ geschrieben hat. Darnach köfen die in Frankreich herrschenden Wohnungsnot und die in Deutschland die großen Besorgnisse ein, die in Deutschland die schönen Wohnungen und Villen in sich bergen. Die Frau des französischen Offiziers schreibt weiter: „Wo wir die Ufer des Rheins verlassen hatten und in eine kleine Stadt in Belgien zurück, in Garnison kamen, weilerte sich selbst das Hotel, uns unterzubringen. Wir waren acht Offiziersfamilien, die zusammen ankommen. Die Zimmer waren mit ungeheuren Wäschekörben des Hauses verstell. Unsere Köcher und Küchengeräte wurden in den Gängen und auf die Gänge verteilt. Die Betten wurden erst nach 17 Uhr gemacht. Selbst wenn man Trümpel gab. Wir durchliefen die Stadt auf der Suche nach Häusern, möblierten Wohnungen. Pechere wollte man uns nicht vermieten, weil Familien zu viel Ungeheuerlichkeiten verbrauchten und zu viel zu Hause seien. Die Jungfrauen, die nur zum Schlafen kamen, nüteten auch die Gänge meinet ab.“

London, 14. September. „Daily News“ schreibt in einem Leitartikel zu der heute beginnenden britischen Räumung: Unsere Besatzung läßt keine Milderheit zu, denn unsere Männer sind niemals wie Eroberer einhergegangen. Es ist selbstverständlich, daß das deutsche Volk als Ganzes froh sein wird, die Truppen abziehen zu sehen. Denn sie mühen die sichtbaren Symptome der Niederlage für eine stolze, gedemütigte Nation sein.

Der Sonderkorrespondent des „Daily Express“ in Wiesbaden sagt: Wenn in einigen deutschen Kreisen in Köln Bedauern ausgedrückt wurde, als die britischen Truppen auszogen, so wird dieses Bedauern noch stärkeren Ausdruck in Wiesbaden finden, wo unsere Truppen von Anfang an gut mit der Bevölkerung linden.

Der Sonderkorrespondent des „Daily Express“ in Wiesbaden schreibt daneben: Das Rheinland sieht den heutigen Tag als das wirkliche Ende der Kriegssperre mit England an und als den Beginn seiner nationalen Freiheit. Seit fast 11 Jahren hatten die Bewohner fremde Soldaten unter sich, die in ihren Straßen marschierten, in ihren Häusern untergebracht waren. Jetzt gehen die Tage bis zu dem Augenblick, in dem der letzte Soldat den Fuß nach der Heimat befreit. Eine schwere Entscheidung herrscht in Wiesbaden wegen des Verbleibs der Rheinlandkommission. Dies bedeutet wieder die Annäherung französischer Truppen in der Elbe und die Aufrechterhaltung der fremden Präsenz.

Französische Räumungsvorbereitungen

Paris, 11. September. Das „Journal Officiel“ veröffentlicht die Beschlüsse der französischen Besatzungsbehörden für die Besatzungszone des Westens und der Westfront. Sie sind unter dem 4. November erfolgt.

Deutschnationale Entstellungen

Erklärung des Zentrums

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages gab der Abgeordnete Niefemer für die Zentrumsfraktion folgende Erklärung ab:

„Die Deutschnationale Pressestelle hat über die gestrige Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses eine Mitteilung verbreitet, die in zahlreichen Organen der Reichspresse abgedruckt worden ist. Es wird in dieser Mitteilung behauptet, der Abgeordnete Graf Westarp habe in der gestrigen Sitzung gesagt, daß

„die interfraktionelle Besprechung, die der Sitzung vorangegangen war, wiederum keine Einigung über die Reform der Arbeitslosenversicherung gebracht hat, und daß Zentrum und Sozialdemokraten dahin übereingekommen seien, das ganze Defizit der Reichskasse auszubürden. Eine Antwort erhielt Graf Westarp nicht.“

Da in dieser Nachricht der Deutschnationalen Pressestelle meine Fraktion genannt ist, stelle ich hiermit fest, daß Herr Graf Westarp gestern in seiner Bemerkung zur Geschäftsordnung weder von einer interfraktionellen Besprechung, noch von einem Übereinkommen zwischen Zentrum und Sozialdemokraten ein Wort gesagt hat. Herr Graf Westarp hat lediglich für eine längere Redezeit bei der Behandlung der politischen Fragen gesprochen, und dabei die neuerdings aufgetauchten Gerüchte erwähnt, daß das ganze Defizit der Reichskasse auf die Reichskasse abgewälzt werden solle. Für uns lag keine Veranlassung vor, dem Herrn Grafen Westarp auf dieses Märchen zu antworten. Die Deutschnationale Pressestelle hat also, wie mit jeder Teilnehmer an der gestrigen Sitzung bekräftigt wird, wieder einmal eine gänzlich unwahre und entstellte Zuechtelung in die Welt gesetzt. Es hat vor der gestrigen Sitzung keine interfraktionelle Besprechung stattgefunden, und es sind keine Vereinbarungen zwischen Sozialdemokraten und uns erfolgt, was ich hiermit ausdrücklich feststelle.“

Diese Erklärung fand auf keiner Seite Widerspruch, vielmehr bei einem großen Teil der Ausschußmitglieder offene Zustimmung. Sie hätte den Herrn Grafen Westarp veranlassen müssen, von der Deutschnationalen Pressestelle abzurufen. Aber zur Überraschung der Anwesenden, die wissen, daß Graf Westarp doch immerhin ein politisches Ansehen zu verspüren hat, erhob er sich und behauptete, die Mitteilung der Pressestelle gebe seine gestrige Äußerung richtig wieder. Graf Westarp mußte es sich gefallen lassen, daß der Vorsitzende des Ausschusses, Abgeordneter Effer, mit aller Deutlichkeit erklärte, daß der deutschnationale Wortführer von einer interfraktionellen Besprechung und von einem Einvernehmen zwischen Zentrum und Sozialdemokraten kein Wort gesagt habe. Andersfalls würde er sofort gegen diese falschen Unterstellungen Einspruch erhoben haben. Die Erklärung des Vorsitzenden wurde von fast allen Ausschußmitgliedern mit so unverhüllter Zustimmung begleitet, daß die Situation für den Grafen Westarp mehr als peinlich wurde. Er versuchte, eine Blamage später mit harten oppositionellen Vorwürfen zu kaschieren, was ihm aber wiederum schief gelang. Ueber diesen

Teil deutschnationaler Oppositionspolitik wird noch ausführlicher zu sprechen sein.

Der Ausschuß trat hierauf in die Tagesordnung ein und legte die 2. Lesung der Vorlage vor. Am Schluß der Sitzung beantragte Graf Westarp (Dnl.) die Vertagung des Ausschusses auf längere Zeit. Es sei ein unmöglicher Zustand, diese Materie zu beraten, ohne daß Regierung und Regierungsparteien irgendeinen Vorschlag zu den entscheidenden Fragen zustande brächten. Er verlange, daß endlich ein greifbarer Vorschlag gemacht werde, und beantrage, um in dieser Richtung einen Druck auszuüben, daß der Ausschuß erst wieder einberufen werde, wenn ein solcher Vorschlag vorliege.

Entgegen diesem Antrage wurde beschlossen, die nächste Sitzung auf Donnerstag, den 19. September, zu vertagen.

Briands Bericht

Paris, 12. September.

Im Schloße von Rambouillet, wo der Präsident seine Sommerferien verbringt, fand heute vormittag der angehängte Ministerrat statt, der über drei Stunden dauerte. Das Communiqué, das nach Schluß der Beratung ausging, wurde, besagt, daß Briand einen Gesamtüberblick über die Verhandlungen in Genf gegeben hat, und zwar über die Sitzungen des Völkerbundes und die Unterredungen, die er mit den Führern der fremden Delegationen hatte. Die Wichtigkeit der Vertreter Frankreichs hat die volle Billigung des Ministerrats gefunden. Der Finanzminister Chéron hat daraufhin über die finanziellen Bedingungen Bericht gegeben, unter denen im Haag die grundsätzliche Billigung des Haagerplanes zustande gekommen ist. Er hat weiterhin mitgeteilt, wie verschiedene im Haagplan vorgesehene Ausschüsse, sowie die Kommissionen gebildet worden sind, deren Schaffung die Konferenz beschlossen hat. Außerdem hat der Ministerrat beschlossen, Kammer und Senat unmittelbar nach den Teilnahmen zum Senat, das heißt am 22. Oktober, zur Herbsttagung einzuberufen.

Der sozialistische radikale Abgeordnete André Basse hat dem Finanzminister mitgeteilt, daß er ihn beim Wiederzusammentritt der Kammer über folgende zwei Punkte interpellieren werde: Erstens über die Politik, die die Regierung in bezug auf das durch den Haagplan abgeänderte Sachlieferungsprogramm einschlagen werde, und zweitens über die Maßnahmen, die die Regierung für die in Ausführung begriffenen oder vorgesehenen öffentlichen Arbeiten zu treffen gedenkt, bei denen zum größten Teile Sachlieferungen benutzt werden sollen.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsbedingungen. Teils wolfig, teils heiter, dabei Neigung zu zeitweiliger Dunst- und Nebelbildung. Temperaturverhältnisse im allgemeinen wenig verändert, jedoch nachts und in den Morgenstunden nennenswertlich etwas niedrigere Temperaturen. Schwache Luftbewegung veränderlicher Richtung.